

niederländischsprachigen Texte übersetzte, sowie Johanna Holthausen, die die Literaturhinweise vereinheitlichte und unverzichtbar bei den Korrekturarbeiten war. Herzlich danken möchten wir auch Beate Plugge und Julia Fuchs vom Waxmann Verlag für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung dieses Bandes und bei der Fertigstellung des druckfertigen Manuskripts.

Münster und Potsdam, im November 2010

Friso Wielenga & Florian Hartleb

Paul Lucardie

Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen

Man könnte mit den Täufern anfangen, wenn man die Geschichte des Populismus erzählen möchte. Das mag angebracht sein, nicht nur, weil die Bewegung der Täufer ja genauso wie dieser Sammelband ein Beispiel deutsch-niederländischer Zusammenarbeit genannt werden dürfte, sondern weil die aufständischen Bewegungen der Täufer und der Bauern im 16. Jahrhundert manchmal als protopopulistisch betrachtet werden.¹ Hat die Täuferbewegung im 16. Jahrhundert aber so vieles gemeinsam etwa mit der Schill-Partei oder der niederländischen Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid*) im 21. Jahrhundert, dass man beide auf den Begriff des Populismus bringen könnte? Dafür sollte man zuerst den Begriff definieren, damit er sinnvoll in vergleichender Politik- und Geschichtsforschung angewandt werden kann. Das ist die erste Hauptfrage, die in diesem Beitrag beantwortet werden soll. Die zweite Hauptfrage lautet: Wie kann man den Aufstieg und (oft ebenso raschen) Zerfall populistischer Bewegungen erklären? Die dritte Hauptfrage behandelt normative Aspekte: Wie soll man Populismus bewerten? Etwa als Gefahr für die Demokratie oder als Herausforderung oder sogar als Herstellung wahrer Demokratie?

Zum Begriff

Vor etwa hundert Jahren war die Welt noch relativ überschaubar. Populismus war einfach zu definieren, als Doktrin der amerikanischen *People's Party* (Volkspartei).² Diese Doktrin wurde vom ersten Historiker der Volkspartei, John Hicks, in zwei Thesen zusammengefasst: (1) Die Regierung solle verhindern, dass Plutokraten und sonstige selbstsüchtige Leute die armen und bedürftigen Massen ausnutzen; (2) das Volk solle sich wieder die Regierungsgewalt aneignen, die zu der Zeit von Plutokraten ausgeübt wurde.³

Allmählich wurde der Begriff auch auf Bewegungen in Russland, Süd- und Mittelamerika, Kanada, Europa und nach 1945 auch in Afrika und Asien ange-

- 1 D. MACRAE, *Populism as an Ideology*, in: G. IONESCU/E. GELLNER (Hrsg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969, S. 153-165.
- 2 OXFORD UNIVERSITY PRESS, *Oxford English Dictionary on Historical Principles*, Oxford 1973, S. 1630.
- 3 J.D. HICKS, *The Populist Revolt. A History of the Farmers' Alliance and the People's Party*, Lincoln 1961 (Wiederauflage, ursprünglich 1931), S. 406, 441.

wandte.⁴ Aber so ganz ähnlich waren Bewegungen wie die russischen *Narodniki*, der argentinische Peronismus, die französische Boulangerbewegung, die kanadische *Social Credit Party*, die chinesische Kommunistische Partei, die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen in Kenia und Tansania, die Bauernbewegungen im frühmodernen Europa und die Neue Linke in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts nun auch wieder nicht. Damit drohte der Begriff fast jegliche ideologische Bedeutung zu verlieren und synonym mit politischer Bewegung überhaupt zu werden. Oder er wurde als ein opportunistischer Politikstil bzw. als eine Strategie aufgefasst. Politiker wurden „populistisch“ genannt, wenn sie keine wichtigen Entscheidungen treffen wollten, ohne zuerst eine Meinungsumfrage zu organisieren – „by populism is meant the importance and influence of public opinion, usually expressed through polls“.⁵ Auf diese Weise wird der Begriff heute noch öfter verwendet, besonders von Journalisten und Politikern: Populismus gleich Opportunismus.

Historiker und Politikwissenschaftler neigen heutzutage eher dazu, den Begriff wieder als Doktrin oder Weltanschauung zu definieren. Allerdings ist man sich darüber einig, dass Populismus keine totale Ideologie oder Weltanschauung sei wie Liberalismus oder Marxismus, sondern eine sogenannte „dünne“ oder partielle, oft nicht ganz explizit gemachte Ideologie – „a thin-centred ideology“, wie der englische politische Philosoph Michael Freedon ausgeführt hat.⁶ Eine partielle oder dünne Ideologie wird meistens kombiniert oder verschmolzen mit Elementen aus anderen Ideologien. Wesentlich für eine politische Ideologie sei, laut Freedon, dass bestimmte Kernbegriffe (*core concepts*) „decontested“, also nicht mehr umstritten sind, wenn man die Ideologie

4 Vgl. die Beiträge in: G. IONESCU/E. GELLNER (Hrsg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969, und H.J. PUHLE, *Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 15-43; dazu auch P. TAGGART, *Populism*, Buckingham 2000, S. 25-88.

5 J. CLEMENT, *Polls, Politics and Populism*, Aldershot 1983, S. 145.

6 Der Begriff „thin-centred ideology“ wurde vom englischen Philosophen Michael Freedon eingeführt für Ideologien wie Feminismus und Ökologismus, vgl. M. FREEDON, *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford 1996, 485; etwas später wurde er auf Populismus bezogen, etwa von T. AKKERMAN, *Populism and Democracy: Challenge or Pathology?*, in: *Acta Politica* 38 (2003), S. 147-159; C. FIESCHI, *Introduction*, in: *Journal of Political Ideologies* 9 (2004), S. 235-240; B. STANLEY, *The thin ideology of populism*, in: *Journal of Political Ideologies* 13 (2008), S. 95-110. Der amerikanische Politikwissenschaftler Kirk Hawkins bevorzugt übrigens den Begriff „mindset“ (innere Einstellung), weil seiner Meinung nach „implizite Ideologie“ eine *contradictio in adiecto* und also eine Unmöglichkeit sei; er wäre aber auch bereit, den Begriff „Weltanschauung“ zu verwenden (Dazu K. HAWKINS, *Is Chávez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective*, in: *Comparative Political Studies* 42 (2008), S. 1040-1067; auch mündliche Mitteilung von Hawkins, im Arbeitskreis über Populismus in der ECPR Joint Sessions, Münster, 23.-27.3.2010.).

akzeptiert: „ideologies are groupings of decontested political concepts“.⁷ Im Populismus wären diese unumstrittenen Kernbegriffe etwa „Volk“ und „Elite“ (oder „politische Klasse“ bzw. „Establishment“) und vielleicht auch „Demokratie“ bzw. „Volksherrschaft“. Diese Begriffe sind in der politischen Debatte zwischen den Parteien alles andere als unumstritten. Für Populisten sollte es aber selbstverständlich sein, dass das Volk eine relativ homogene Einheit darstellt, die bestimmte Interessen gemeinsam hat; und dass diese Interessen nicht oder nicht richtig von der politischen Klasse vertreten werden.

Nicht alle Einwohner eines Landes gehören allerdings zum Volk. Jede populistische Bewegung oder Partei wird „das Volk“ auf ihre Art und Weise definieren – nicht immer explizit, öfter implizit. Man mag sich ab und zu streiten, ob bestimmte Minderheiten Teile des Volkes oder doch „volksfremde Elemente“ sind; aber man ist sich einig darüber, wer eindeutig zum Volk gehört – das *heartland*, nach der Terminologie des englischen Politologen Paul Taggart.⁸ Für die russischen *Narodniki* war das *heartland* das Bauernland, die Dorfgemeinschaft auf dem Lande. Für die amerikanische *People's Party* waren es Bauern, Arbeiter und kleine Unternehmer. Für den niederländischen Populisten Pim Fortuyn waren es wahrscheinlich vor allem Unternehmer – einschließlich Arbeitnehmer, die seiner Meinung nach „Unternehmer ihrer eigenen Arbeit“ sind.⁹ Auch die Elite oder politische Klasse wird von jeder populistischen Bewegung anders und meist nur implizit definiert. Natürlich gehören die Politiker der etablierten Parteien dazu, öfter auch die Intellektuellen, die diese Parteien ideologisch unterstützen; manchmal aber auch kritische Intellektuelle, Beamte, Journalisten, Künstler, manchmal auch die großen Unternehmer der multinationalen Betrieben, Investoren, Bankdirektoren und sonstige „Plutokraten“.¹⁰

Zwischen „Volk“ und Elite klafft ein großer Spalt, eine weite Kluft; und die sollte man überbrücken oder sogar schließen. Dass man so den Kern der populistischen Ideologie oder Weltanschauung zusammenfassen könnte, darüber sind sich heutzutage sehr viele Politikwissenschaftler und Historiker einig, in Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien, in den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten.¹¹ Neben diesem Grundkonsens gibt

7 M. FREEDON, *Ideologies and Political Theory*, S. 82.

8 P. TAGGART, *Populism*, S. 95-98.

9 Vgl. P. FORTUYN, *Uw baan staat op de tocht! De overlegeconomie voorbij*, Utrecht 1995, S. 31-36; Vgl. K. PRIESTER, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 182-186.

10 Vgl. J. JAGERS *De Stem van het Volk! Populisme als concept getest bij Vlaamse politieke partijen*, Antwerpen 2006, S. 64, 221-224; P. WORSLEY, *The concept of populism*, in: IONESCU/GELLNER, *Populism*, S. 212-250.

11 Vgl. T. AKKERMAN, *Populism and Democracy*; D. ALBERTAZZI/D. McDONNELL, *Introduction: The Sceptre and the Spectre*, in: D. ALBERTAZZI/D. McDONNELL (Hrsg.), *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*, Basingstoke 2008, S. 1-14; M. CANOVAN, *Trust the People! Populism and the Two*

es aber Meinungsverschiedenheiten über die Merkmale des Populismus, wie sie auch von den Herausgebern dieses Bandes in ihrem einführenden Beitrag erwähnt wurden. Allerdings könnte man diese als Sekundärmerkmale bezeichnen, obwohl sie nicht unwichtig sind. Sie können, wie Koen Vossen anführt, den „Geschmack verstärken“.¹²

Erstens wird manchmal bemerkt, dass Populismus zwar auch, aber nicht nur eine Ideologie sei. Stil spielt ja eine Rolle. Populisten unterscheiden sich von etablierten Politikern durch einen rohen, direkten, wenn nicht vulgären Stil und Wortgebrauch.¹³ Tim Houwen, der eine Dissertation über Populismus an der Radboud Universität in Nimwegen vorbereitet, betrachtet Populismus nicht als Ideologie, sondern als Kombination von ideologischen Elementen – von ihm Ideologeme genannt – und Metaphern, Stilelementen sowie politischer Praxis.¹⁴

Zweitens wird der Begriff „Volk“ in der populistischen Ideologie von Wissenschaftlern wie Cas Mudde und Jan Jagers noch weiter spezifiziert, als oben angedeutet. Das Volk sei in den Augen der Populisten nicht nur eine relative, sondern eine absolut homogene Gemeinschaft, die bestimmte Werte gemeinsam habe, kaum Interessendiversität kenne und moralisch tugendhaft und rein sei. Der gesunde Menschenverstand des Volkes, *common sense*, bilde einen besseren Maßstab für politische Entscheidungen als das technokratische Fachwissen der Elite.¹⁵ Dagegen sei die Elite immer bössartig, korrupt, trügerisch und verschwörerisch.¹⁶ Jan Jagers fand bei seiner Analyse von Dokumenten der flämischen Partei *Vlaams Belang* viele Beispiele für diese Gedanken.¹⁷

Faces of Democracy, in: *Political Studies* 47 (1999), S. 2-16; F. DECKER, *Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*, in: DERS. (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 9-32; K. HAWKINS, *Is Chávez Populist?*; J. JAGERS, *De Stem van het Volk!*, S. 76; G. REUTER, *Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum*, Osnabrück 2008, S. 19-20; B. STANLEY, *The thin ideology of populism*, S. 101-108; P. TAGGART, *Populism*, S. 91-95; M. WIEWIORKA, *La démocratie à l'épreuve. Nationalisme, populisme, ethnicité*, Paris 1993, S. 74-76.

12 K. VOSSEN, *Hoe populistisch zijn Geert Wilders en Rita Verdonk? Verschillen en overeenkomsten in optreden en discours van twee politici*, in: *Res Publica* 51 (2009), S. 437-465; vgl. auch den Beitrag von Vossen zu diesem Band.

13 H. TE VELDE, *Steeds opnieuw het wiel uitvinden. Golven van populisme in Nederland*, in: *Socialisme & Democratie* 66 (2009) 9, S. 12-18; Vgl. H.J. PUHLE, *Zwischen Protest und Politikstil*, S. 15-18.

14 T. HOUWEN, *Conceptualizing Populism*, Referat für die niederländisch-flämische Politologentagung am 28.-29. Mai 2009, Beek en Dal; Vgl. aber auch Hawkins, der statt „Ideologie“ den Begriff „Diskurs“ verwendet, „something that combines elements of both ideology and rhetoric“, HAWKINS, *Is Chávez Populist?*, S. 1045.

15 M. CANOVAN, *Trust the People!*, S. 3.

16 C. MUDDÉ, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541-563.

17 J. JAGERS, *De Stem van het Volk!*, S. 205-253.

Allerdings dürfte dieses schwieriger zu belegen sein bei niederländischen Populisten wie Pim Fortuyn, der das Wort „Volk“ überhaupt nur selten verwandte und auch nicht verneinte, dass es in den Niederlanden verschiedene soziale Schichten mit unterschiedlichen Interessen gebe.¹⁸ Trotzdem nennt auch etwa Mudde Fortuyn einen Populisten.¹⁹

Drittens: Populisten brauchen – so behaupten etwa Daniele Albertazzi und Duncan McDonnell, aber auch Paul Taggart – *outgroups* (meist Immigranten), die als Sündenbock dienen und gegen die sie das Volk mobilisieren können, ohne die Elite immer direkt angreifen zu müssen.²⁰ Allerdings werfen sie der Elite vor, diese Minderheiten gegenüber dem eigenen Volk zu privilegieren. Das mag für viele Populisten zutreffen, aber nicht unbedingt für alle. Gerade die erste populistische Partei der Welt, die amerikanische *People's Party*, hat kaum Wähler gegen Minderheiten zu mobilisieren versucht, obwohl der Antagonismus zwischen Volk und Elite das zentrale Thema in ihren Programmen und sonstigen Äußerungen darstellte.²¹ Das trifft auch für die Partei Lebenswerte Niederlande (*Leefbaar Nederland*) zu.²²

Viertens wollen populistische Bewegungen nach Ansicht vieler Wissenschaftler die indirekte, parlamentarische Demokratie durch eine direkte oder plebiszitäre Demokratie ersetzen oder wenigstens ergänzen. Zugleich werden populistische Bewegungen meist von charismatischen Persönlichkeiten geführt, die behaupten – mit oder ohne Volksabstimmungen –, den Volkswillen zu verkörpern.²³ Die meisten populistischen Führer befürworteten Volksabstimmungen, aber es gibt Ausnahmen. Fortuyn zum Beispiel, dem man Charisma doch bestimmt nicht absprechen könnte, lehnte sie ohne Weiteres ab.²⁴

Fünftens ist umstritten, ob sich Populismus mit jedweder Ideologie kombinieren lässt, auch mit Liberalismus, Sozialismus, Faschismus und Anarchismus, Konservatismus und Nationalismus. „Populism is a kind of nationalism“,

18 Z.B. P. FORTUYN, *De islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament*, Uithoorn/Rotterdam 2001 (zweite Auflage), S. 27-29, 33, 91.

19 C. MUDDÉ, *The Populist Zeitgeist*, S. 541, 543, 549.

20 D. ALBERTAZZI/D. McDONNELL, *Introduction: The Sceptre and the Spectre*, S. 3; P. TAGGART, *Populism*, S. 91-98.

21 Allerdings waren die amerikanischen Populisten nicht gefeit gegen Rassismus, der in dieser Zeit ja relativ weit verbreitet war, von der Partei aber nicht als Thema aufgenommen wurde; siehe J.D. HICKS, *The Populist Revolt*, S. 404-408, 441; dazu auch: L. GOODWYN, *Democratic Promise. The Populist Moment in America*, New York 1976.

22 Das wurde versucht zu belegen in P. LUCARDIE, *Tussen establishment en extremisme. Populistische partijen in Nederland en Vlaanderen*, in: *Res Publica* 52 (2010), S. 149-172; Vgl. K. VOSSEN, *Hoe populistisch zijn Geert Wilders en Rita Verdonk?*, S. 451-455.

23 P. TAGGART, *Populism*, S. 100-105.

24 Etwa W.S.P. FORTUYN, *Aan het Volk van Nederland. De contractmaatschappij, een politiek-economische zedenschets*, Amsterdam/Antwerp 1993, S. 131, 211.

wird etwas lapidar von Angus Stewart behauptet.²⁵ Nach Karin Priester lässt sich Populismus weder mit Sozialismus noch mit Faschismus, sondern eigentlich nur mit Konservatismus und teilweise mit Anarchismus und Liberalismus vereinbaren.²⁶ Die Soziologin aus Münster steht damit jedoch ziemlich alleine.

Man könnte bestimmt noch mehr Merkmale aufzählen. Friso Wielenga und Florian Hartleb erwähnen etwa noch Kriterien eines eigenen Parteientypus („Anti-Partei-Partei“) und Kennzeichen eines Regierungsstils.²⁷ Sollte man den Begriff Populismus auf politische Bewegungen beschränken, die allen fünf (oder mehr) übrigen Kriterien genügen, die also einen populistischen Stil benutzen, die das Volk als homogen und als tugendhaft betrachten, die das Volk gegen volksfremde Minderheiten mobilisieren, die direkte Demokratie fordern und die charismatischen Führern folgen und dazu Sozialismus ablehnen? Oder sollte man alle Bewegungen, die den Antagonismus zwischen Volk und Elite als Problem betrachten, „populistisch“ nennen? Die erste Definition ist vielleicht zu eng, die zweite zu breit gefasst. Bewegungen, die alle Kriterien erfüllen, dürfte es in den Niederlanden und in der Bundesrepublik noch nicht gegeben haben. Wenn man dagegen den Begriff zu breit definiert, wird man bei fast allen Parteien Merkmale des Populismus entdecken, der Begriff verlöre dann seinen Sinn.²⁸

Im vorliegenden Beitrag ist die Entscheidung zugunsten einer Definition gefallen, bei der nur diejenigen Bewegungen als populistisch bezeichnet werden, die in ihren programmatischen Äußerungen den Antagonismus zwischen Volk und Elite als das politische Hauptproblem betrachten, das es vor allem zu lösen gilt. Die Lösungen gehen zumeist in Richtung von mehr Demokratie, wie Referenden und Rückruf (*recall*) von politischen Amtsträgern, manchmal jedoch auch gerade in Richtung eines autoritäreren Regimes durch einen „Mann aus dem Volk“, der behauptet, den Willen des Volkes zu verkörpern. Mit dieser Definition wird der Begriff Populismus auf seinen historischen Kern zurückgeführt und der später hinzugefügten sekundären Merkmale entledigt. Für den Rest dieses Beitrags wird der Terminus Populismus in diesem Sinne verwendet.

In letzter Zeit gab es nach dieser Definition in den Niederlanden nur drei rein populistische Bewegungen: *Leefbaar Nederland*, Liste Pim Fortuyn und

25 A. STEWART, *The Social Roots*, in: G. IONESCU/E. GELLNER (Hrsg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969, S. 180-196.

26 K. PRIESTER, *Populismus*, S. 12-45.

27 Siehe die Einleitung zu diesem Band.

28 So geht der niederländische Historiker Henk Te Velde schon ziemlich weit, wenn er nicht nur Pim Fortuyn, sondern auch den ersten Führer der niederländischen Sozialdemokratischen Arbeiter Partei (SDAP), Pieter Jelles Troelstra, sowie den Gründer der Anti-Revolutionäre Partei (ARP), Abraham Kuyper, und sogar Adolf Hitler zu den Populisten rechnet. Er hätte auch Hans van Mierlo, den Gründer der Partei Demokraten 66, einbeziehen können. Siehe: H. TE VELDE, *Steeds opnieuw het wiel uitvinden*.

Trots op Nederland – „Stolz auf die Niederlande“, die Bewegung von Rita Verdonk.²⁹ Es dürfte nicht ganz dem Zufall zuzuschreiben sein, dass den drei Parteien nur ein zeitlich sehr begrenztes Dasein zuteil geworden ist. Die von Geert Wilders 2006 gegründete Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid*, PVV) ist nicht rein populistisch, auch wenn die populistischen Elemente nach ihrer Gründung allmählich stärker zu werden scheinen (hierzu weiter unten mehr).

Leefbaar Nederland (LN, Lebenswerte Niederlande) entstand 1999, als die Anführer von zwei Kommunalparteien sich zusammenschlossen. Diese lokalen Parteien hatten ihren Ursprung vor allem in der Unzufriedenheit mit groß angelegten Plänen der etablierten Gemeindeverwaltung. Ihr Ziel waren „lebenswerte Niederlande, in denen die Bürger nicht nur Verfügungsgewalt besitzen, sondern auch Verantwortung tragen können“.³⁰ Nach Ansicht der Partei *Leefbaar Nederland* hatten die Bürger in den Niederlanden im Jahr 2000 nur noch wenig zu sagen. Wahlen seien ein politisches Pflichtritual, „um den Anschein eines demokratisch legitimierten Systems aufrecht zu erhalten“, während echte Entscheidungen durch einen neuen „Regentenstand“ getroffen würden, der die politischen Ämter unter sich verteile.³¹ Dem hoffte *Leefbaar Nederland* durch die Einführung von Referenden und der direkten Wahl von Ministerpräsidenten und Bürgermeistern ein Ende zu bereiten. Im Jahr 2002 gewann die Partei 1,6 Prozent der Stimmen (zwei Mandate) bei Parlamentswahlen, die sie aber bei vorgezogenen Wahlen im nächsten Jahr schon wieder verlor. Vier Jahre später löste sie sich auf.

Die Liste Pim Fortuyn (*Lijst Pim Fortuyn*, LPF) könnte als Abspaltung der LN betrachtet werden. Der Soziologe, Publizist und Festredner Fortuyn war 2001 vom Parteitag der LN zum Spitzenkandidaten gewählt worden, wurde aber im Februar 2002 vom Parteivorstand ausgeschlossen, vor allem wegen seines Vorschlags, das Diskriminierungsverbot aus dem Grundgesetz zu streichen. Im selben Monat gründete er eine neue Partei, die LPF, die bei den Parlamentswahlen von Mai 2002 17,1 Prozent der Stimmen bekam und damit zweitstärkste Fraktion in der *Tweede Kamer* wurde – allerdings ohne Fortuyn, der neun Tage vor der Wahl von einem fanatischen Tierschützer erschossen wurde. Obwohl die meisten LPF-Wähler sich wahrscheinlich eher durch die Immigrationspolitik und die Islamkritik Fortuyns als durch seine staatspolitischen Ideen beeinflussen ließen, hat er selbst die Wiederherstellung einer lebendigen Demokratie in den Niederlanden klar als seinen Auftrag als Poli-

29 Siehe auch: P. LUCARDIE, *Tussen establishment en extremisme*; Vgl. den Beitrag von Gerd Reuter in diesem Band.

30 LEEFBAAR NEDERLAND, *Leefbaar Nederland komt er NU aan!*, in: J. VAN HOLSTEYN ET AL. (Hrsg.), *Verkiezingsprogramma's 2002 & 2003*, Amsterdam 2003, S. 311-317.

31 LEEFBAAR NEDERLAND, *Leefbaar Nederland komt er NU aan!*, S. 312.

ker definiert.³² Vier Jahre später, im Jahr 2006, verschwand die LPF aus dem Parlament und löste sich bald danach auf.

Rita Verdonk, Ministerin für Ausländerfragen und Integration (2003–2006), hatte sich im selben Jahr vergebens um die Spitzenposition in der rechts-liberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, VVD) beworben. Bei der Parlamentswahl bekam sie aber mehr Stimmen als der von den Parteimitgliedern gewählte Spitzenkandidat Mark Rutte. Nach mehreren Konflikten wurde sie im September 2007 gezwungen, die Fraktion und die Partei zu verlassen. Kurz darauf gründete sie die Bewegung Stolz auf die Niederlande (*Trots op Nederland*). Ihr Ziel war, „die Interessen der Niederländer über die Interessen der Parteibosse zu setzen“ und „den Bürgern in den Niederlanden wieder eine Stimme zu geben, eine Möglichkeit, Einfluss auf die Regierung auszuüben“.³³ Obwohl die Bewegung am Anfang laut Umfragen viele Anhänger fand, verfehlte sie bei der Wahl im Jahr 2010 knapp den Parlamenteinzug.

Erfolgreicher, aber nach der oben genannten Definition weniger eindeutig populistisch ist die PVV, die 2006 (auch) von einem aus der VVD ausgetretenen Mitglied des Parlaments, Geert Wilders, gegründet wurde. Im selben Jahr gewann sie bei den Parlamentswahlen 5,9 Prozent der Stimmen, 2010 sogar 15,5 Prozent. Hauptziele der Partei dürften die Verteidigung der nationalen Freiheit, Unabhängigkeit und die Wiederherstellung der nationalen Werte und Traditionen sein.³⁴ Allerdings wird die nationale Unabhängigkeit laut Wilders von den politischen Eliten durch ihre multikulturelle Gesellschaftspolitik, ihre Immigrationspolitik und europäische Integrationspolitik bedroht und unterwandert. Die populistische Elitenkritik hat sich bei Wilders allmählich mehr ausgeprägt, wie aus dem Beitrag von Koen Vossen in diesem Band hervorgeht.

Diese populistischen Parteien sind nicht zufälligerweise erst in letzter Zeit entstanden. Vorher war Populismus kaum mehr als eine Randerscheinung im politischen System der Niederlande, das bis in die 1990er Jahre von christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Volksparteien dominiert wurde.³⁵ Am Rande des Systems gab es immer wieder kleinere Parteien wie

32 P. FORTUYN, *De puinhopen van acht jaar paars. Een genadeloze analyse van de collectieve sector en aanbevelingen voor een krachtig herstelprogramma*, Rotterdam 2002, S. 186.

33 *Trots op Nederland – De nieuwe beweging van Rita Verdonk*. Online: www.stemrita.nl [21.10.2007]; *Partijprogramma Trots op Nederland: Vertrouwen en handhaven*, in: *Het Grote Partijprogramma Boek*, Amsterdam 2010, S. 620–658, hier S. 621–622. Vgl. auch den Beitrag von Gerd Reuter in diesem Band.

34 G. WILDERS, *Klare wijn*, www.geertwilders.nl [19.9.2006]; G. WILDERS, *De agenda van hoop en optimisme. Een tijd om te kiezen: PVV 2010–2015*, Den Haag, 2010, S. 7 (auch in: *Het Grote Partijprogramma Boek*, Amsterdam 2010, S. 219–244, hier S. 220–222).

35 P. LUCARDIE, *Das Parteiensystem der Niederlande*, in: O. NIEDERMAYER/R. STÖSS/M. HAAS (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006,

die Bauernpartei (*Boerenpartij*) in den 1960er Jahren, die Zentrumsdemokraten (*Centrumsdemocraten*) in den 1980er und 1990er Jahren und die (am Anfang) maoistische Sozialistische Partei (*Socialistische Partij*, SP), die populistische Merkmale oder Ideologeme aufwiesen. Ihr Populismus war aber anderen Zielen – wie Gewerbefreiheit, nationaler Unabhängigkeit und Identität oder Sozialismus – untergeordnet.³⁶ Die SP hat sich in den 1990er Jahren und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu einer mittelgroßen und eher sozialdemokratischen Partei entwickelt, die nur noch wenige populistische Züge aufweist.³⁷

In der Bundesrepublik Deutschland kommt der reine Populismus noch seltener vor. Die vom „Richter Gnadenlos“ Ronald Schill 2000 in Hamburg gegründete Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO, oft aber auch „Schill-Partei“ genannt) dürfte zu dieser Kategorie gehören.³⁸ „Wir wollen und werden die Bürger stärker an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligen“, so umschrieb Schill ihr Ziel.³⁹ Die Schill-Partei war 2001 mit 25 Mitgliedern in die Bürgerschaft der Hansestadt eingezogen, schaffte im nächsten Jahr aber nicht den Eintritt in den Bundestag und fiel bald darauf auseinander.⁴⁰ Populistische Elemente oder Ideologeme sah man zwar auch bei Nationaldemokraten (NPD), Republikanern und bei der Deutschen Volksunion (DVU), sie waren aber eindeutig dem Nationalismus untergeordnet.⁴¹ Die Linke sollte nach dieser Definition wahrscheinlich eher eine sozialistische Partei mit populistischen

S. 331–350; P. LUCARDIE, *The Netherlands: Populism versus Pillarization*, in: D. ALBERTAZZI/D. McDONNELL (Hrsg.), *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*, Basingstoke 2008, S. 151–165; zum historischen Hintergrund siehe auch F. WIELENGA, *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, besonders S. 349–364.

36 Vgl. P. LUCARDIE, *Populismus im Polder. Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 177–194.

37 Siehe auch den Beitrag von Gerrit Voerman in diesem Band.

38 F. DECKER, *Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland: Die Schill-Partei*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 232–241.

39 R. B. SCHILL, *Vorwort*, in: PARTEI RECHTSTAATLICHER OFFENSIVE, *Leitlinien 2002*, Hamburg 2002.

40 F. DECKER, *Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland*; F. HARTLEB, *Schill-Partei (Partei Rechtsstaatlicher Offensive)*, in: F. DECKER/V. NEU (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 374–381; dazu auch: M. CARINI und A. SPEIT, *Ronald Schill. Der Rechtssprecher*, Hamburg 2002.

41 Auch Frank Decker, der eine etwas breitere Definition bevorzugt, hegt Zweifel am populistischen Charakter dieser Parteien: F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 147 (Note 8) und S. 152; auch nicht ganz eindeutig ist U. EITH, *Die Republikaner in Baden-Württemberg: mehr als nur populistischer Protest*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 243–261; Vgl. P. LUCARDIE, *Populismus in Deutschland und in den Niederlanden*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35/36 (2007), S. 41–46.

Elementen als eine linkspopulistische Partei genannt werden, obwohl Sachverständige sich noch darüber streiten.⁴² Sie trat zwar für mehr direkte Demokratie wie Volksinitiativen und Volksbegehren ein, als Hauptziel betrachtete sie jedoch „die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft (...), in der die Freiheit eines jeden Bedingung für die Freiheit aller ist“ und machte sich auf, dazu „die Kräfte im Ringen um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit in der Entwicklung zu stärken“.⁴³ Außerdem redete die Partei von „Klassen“ und kaum vom „Volk“. Oskar Lafontaine, von 2005 bis 2010 Parteivorsitzender der Linken, verwendete den Begriff „Volk“ schon mehrmals und kam also eher für die Bezeichnung „Populist“ in Betracht, obwohl auch bei ihm wahrscheinlich der Sozialismus an erster Stelle stand.⁴⁴

So betrachtet gab es bis heute keine populistischen Bewegungen in der Bundesrepublik, nur Parteien mit einigen populistischen Merkmalen. Auch diese vom Populismus angehauchten Parteien haben im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weniger Erfolge erzielen können als ähnliche Parteien in den Niederlanden. Das heißt jedoch nicht, dass es in der jüngeren deutschen Geschichte keinen Populismus – in der hier verwendeten Definition – gegeben hätte. Als im Herbst 1989 auf den Straßen in Leipzig und anderen Städten jede Woche größere Massen „Wir sind das Volk!“ skandierten, deutete das auf eine Kluft zwischen Volk und Elite hin, die für diese kaum organisierten Massen tatsächlich das politische Hauptproblem des Tages dargestellt haben dürfte. Vor dem Hintergrund jedoch, dass die DDR eine Parteidiktatur war, kann diese Volksbewegung nicht sinnvoll mit politischen Bewegungen in der Bundesrepublik oder den Niederlanden verglichen werden.

42 Viola Neu meint, die PDS sei eigentlich nicht populistisch: V. NEU, *Die PDS: eine populistische Partei?*, in: N. WERZ (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 263-277; Populismus wird kaum erwähnt in V. NEU, *Linkspartei. PDS (Die Linke)*, in: F. DECKER/V. NEU (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 314-328; anderer Meinung sind: F. DECKER/F. HARTLEB, *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*, in: F. DECKER (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 191-215, besonders S. 206-211.

43 DIE LINKE, *Bundessatzung*, in: www.die-linke.de/dokumente/bundessatzung_der_partei_die_linke.de [19.7.2010]; siehe auch DIE LINKE, *Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Für eine neue soziale Idee*, Berlin 2005, S. 5-6, 22-23.

44 Etwa: O. LAFONTAINE, *Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft*, Berlin 2005, S. 164f.

Zur Erklärung

Aufstieg und Zerfall politischer Bewegungen lassen sich nicht monokausal erklären. Es sind mindestens drei Ursachenarten zu unterscheiden: sozialstrukturelle Bedingungen, politische Faktoren bzw. politische Gelegenheitsstrukturen und der Beitrag (Ressourcen) der neuen Bewegungen selbst.

Populisten mobilisieren ein Protestpotential, das wahrscheinlich in allen modernen Staaten existiert. Modernität bedeutet ständige Veränderung – technologisch, ökonomisch und kulturell. Diese Veränderung bringt Spannungen und Frustrationen mit sich. Etwas verkürzt und vereinfacht zusammengefasst: Im Modernisierungsprozess wandeln Werte sich, meist zuerst in den gesellschaftlichen Oberschichten – der Elite – und erst später in den Mittel- und Unterschichten – also im Volk. Wenn die Oberschichten sichtbar und auf längere Zeit moderne Werte und Verhaltensmuster zur Schau tragen, während die Mittel- und Unterschichten an traditionellen Werten und Brauchtümern festhalten, entsteht ein Potential für populistische Proteste. Allerdings könnte dieses Potential genauso gut etwa von fundamentalistischen religiösen Bewegungen, *revivalist movements*, wie von Populisten ausgenutzt werden. Im 19. Jahrhundert entstanden mehrere solcher Bewegungen und Sekten, in den Vereinigten Staaten und ebenso in den Niederlanden. Modernisierungskrisen gab es schon im 19. Jahrhundert, als die Landwirtschaft kommerzialisiert und modernisiert wurde und die überflüssig gewordenen Landarbeiter sich einen Arbeitsplatz in der Großindustrie suchten und dabei oft mit Immigranten konkurrieren mussten. Aber auch in der heutigen Zeit, in der die durch Automatisierung und Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigen Arbeitskosten überflüssig gewordenen Industriearbeiter sich um eine Stelle im Dienstleistungssektor bewerben und dabei ebenfalls mit Immigranten konkurrieren müssen, kann von einer (sogar internationalen) Modernisierungskrise gesprochen werden. Einerseits sind die Angehörigen der gebildeten Oberschichten heutzutage fast alle individualistische und liberale Weltbürger geworden, die mehrere Fremdsprachen beherrschen und durchaus die multikulturelle Gesellschaft mit ihren offenen Grenzen und die Globalisierung bejahen. Andererseits halten die diplomlosen Unterschichten fest an nationalen Traditionen, an ihrer Muttersprache, an der einheimischen Kultur und an den alten Wohnvierteln in der Großstadt, auch wenn sich dort immer mehr Immigranten ansiedeln. Außerdem befürchten sie, dass der nationale Fürsorgestaat oder Wohlfahrtsstaat zusammenbreche, wenn den massenhaft eingewanderten Ausländern der Zugang zu seinen Leistungen nicht gesperrt werde; ihr *welfare state chauvinism* wird von populistischen und nationalistischen Parteien aufgegriffen und geschürt. Dieser Wohlfahrtsstaatschauvinismus wird manchmal als soziologische Alternative zur Modernisierungstheorie dargestellt, könnte aber durchaus mit ihr

verknüpft werden, wie Herbert Kitschelt gezeigt hat.⁴⁵ Die „Wohlfahrtsstaatschauvinisten“ dürften Einwanderer aus Nachbarländern mit ähnlichen Werten noch akzeptieren.⁴⁶ Ihnen geht es nicht nur um ihre materielle Existenz, sondern auch um ihre Würde und Identität. Ihre Werte sind nicht traditionell wie die der Bauern und Handwerker im 19. Jahrhundert, sondern schon relativ modern; aber nicht post-modern wie die der Elite. Obwohl kirchlich kaum noch gebunden, halten sie trotzdem fest an christlichen Feiertagen und schauen lieber auf Kirchtürme als auf Minarette. Das Potential für populistische Bewegungen gibt es also in vielen, wenn nicht in allen modernen und post-modernen Gesellschaften.

Manche Politikwissenschaftler und Soziologen schließen daraus, dass die Anhänger und Wähler populistischer Parteien also Modernisierungsverlierer sein müssten: Arbeitslose und Arbeiter, die um ihren Arbeitsplatz bangen, selbstständige Handwerker und Ladenbesitzer, die die Konkurrenz mit dem Großbetrieb oder mit dem Ausland kaum durchhalten können, Rentner die sich in einem alten Stadtviertel von Immigranten minorisiert fühlen.⁴⁷ Belege dafür sind aber nicht immer überzeugend. Zwar hat sich herausgestellt, dass die Wähler der LPF und der PVV in den Niederlanden etwas weniger gebildet als die Durchschnittswähler waren.⁴⁸ In vielen Ländern sind Arbeiter und Selbstständige unter den Wählern populistischer Parteien überrepräsentiert.⁴⁹ Aber die Wirkung dieser sozialstrukturellen oder sozioökonomischen Faktoren scheint relativ schwach zu sein.⁵⁰

Widerlegt ist die Modernisierungstheorie deshalb noch nicht. Es geht ihr außerdem weniger um sozioökonomische Interessen als um kulturelle Werte. Die Theorie besagt ja, dass die Wähler populistischer Parteien mehr traditionelle oder halbwegs moderne und weniger post-moderne Werte hegen und

45 H. KITSCHOLT/A.J. MCGANN, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995, S. 1-45, 257-273.

46 Vgl. die Kritik der „Wohlfahrtschauvinismustheorie“ bei F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 202-205.

47 Vgl. H.G. BETZ, *Introduction*, in: H.G. BETZ/S. IMMERFALL (Hrsg.), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in established democracies*, New York 1998, S. 1-10.

48 K. AARTS/H. VAN DER KOLK/M. ROSEMA (Hrsg.), *Een verdeeld electoraat. De Tweede Kamerverkiezingen van 2006*, Utrecht 2007, S. 278; E. BÉLANGER/K. AARTS, *Explaining the Rise of the LPF: Issues, Discontent, and the 2002 Dutch Election*, in: *Acta Politica* 41 (2006), S. 4-20; P. VAN PRAAG, *De LPF-kiezer: rechts, cynisch of modaal?*, in: *Jaarboek 2001 DNPP*, Groningen 2003, S. 96-116.

49 D. OESCH, *Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland*, in: *International Political Science Review* 29 (2008), S. 349-373.

50 K. ARZHEIMER/E. CARTER, *Political opportunity structures and right-wing extremist party success*, in: *European Journal of Political Research* 45 (2006), S. 419-443; W. VAN DER BRUG, *How the LPF Fuelled Discontent: Empirical Tests of Explanations of LPF-support*, in: *Acta Politica* 38 (2003), S. 89-106.

pflegen werden als die Wähler etablierter Parteien; dass sie also der multikulturellen und globalisierten Gesellschaft kritischer gegenüberstehen. Die letzte Aussage wird hinreichend von empirischen Forschungen belegt.⁵¹ Paul Dekker, Martijn Lampert und Frits Spangenberg zeigen außerdem, dass die LPF-Wähler im Jahre 2002 kaum post-materielle und kosmopolitische Werte, sondern vor allem modern-bürgerliche Werte hegten.⁵² Das moderne Bürgertum ist nach ihrer Typologie zwar weniger christlich und familienorientiert als das traditionelle Bürgertum, pflegt aber auch traditionelle Werte wie Arbeitsethos und finanzielle Sicherheit.⁵³ Auch beim traditionellen Bürgertum gab es einige Sympathie für die LPF, aber die Mehrheit dieser Gruppe blieb den Christdemokraten und kleinen christlichen Parteien treu.⁵⁴ Es leuchtet ein, dass die Anhänger populistischer Parteien einer Modernisierung weder traditionell noch post-modern, sondern im Wesentlichen ambivalent gegenüberstehen. Sie sind etwa für Meinungsfreiheit, gleiche Rechte für Männer und Frauen und Trennung von Kirche und Staat, aber gegen Globalisierung, Multikulturalismus und europäische Integration.

Das Potential für populistische Parteien kann allerdings nur mobilisiert werden, wenn eine günstige politische Gelegenheitsstruktur gegeben ist (*a political opportunity structure*). Besonders das Wahlsystem, die Regierungskonstellation und das Parteiensystem, aber auch politische Wertesysteme, Traditionen und die Medienlandschaft bedingen die Chancen jeder neuen Partei, also auch die einer populistischen Bewegung.⁵⁵ Das reine Verhältniswahlrecht der Niederlande, das keine Sperrklausel kennt, außer dem Wahlquotienten von 0,67 Prozent, erleichtert den Zugang neuer Parteien, während die Fünf-Prozent-Hürde in der Bundesrepublik den Zugang natürlich erschwert. Man würde also erwarten, dass populistische Parteien bessere Chancen haben in offenen, proportionalen Wahlsystemen als in Systemen mit Sperrklauseln oder Mehrheitswahlrecht. Die Forschungsergebnisse sind hier aber nicht gerade ein-

51 E. IVARSFLATEN, *What Unites Right-Wing Populists in Western Europe? Re-Examining Grievance Mobilization Models in Seven Successful Cases*, in: *Comparative Political Studies* 41 (2007), S. 3-23; W. VAN DER BRUG, *How the LPF Fuelled Discontent*, S. 100; J.J.M. VAN HOLSTEYN/G.A. IRWIN/J.M. DEN RIDDER, *In the Eye of the Beholder: The Perception of the List Pim Fortuyn and the Parliamentary Election of May 2002*, in: *Acta Politica* 38 (2003), S. 69-87.

52 P. DEKKER/M. LAMPERT/F. SPANGENBERG, *De politieke onvrede van 2002*, in: F. BRONNER (Hrsg.), *Jaarboek marktonderzoek 2004*, Haarlem 2003, S. 67-83.

53 Dekker, Lampert und Spangenberg unterscheiden acht Wertorientierungen, von traditionsgebunden bis post-modern: traditionell-bürgerlich, modern-bürgerlich, bequemlich, neo-konservativ, aufwärtsstrebend, kosmopolitisch, post-materialistisch und post-modern hedonistisch.

54 P. DEKKER/M. LAMPERT/F. SPANGENBERG, *De politieke onvrede van 2002*, S. 77.

55 Vgl. F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 248-264; Decker rechnet zur Gelegenheitsstruktur vor allem die Regierungskonstellation, die Strategiefähigkeit der Mainstream-Parteien und das „öffentliche Umfeld“, also die Medien.

deutig positiv.⁵⁶ Wirksamer scheinen oft andere Systemmerkmale zu sein, wie Föderalismus, Konkordanz oder *consociationalism* und die Frequenz großer Koalitionen; Merkmale, die den Eindruck vermitteln können, dass die etablierten Parteien zusammenarbeiten und dass es also eine geschlossene politische Klasse gebe.⁵⁷

Auch die ideologischen Positionen der etablierten Parteien und ihre Strategie der neuen Partei gegenüber können die Erfolgchancen der populistischen Partei beeinflussen. Würden viele Wähler eine große Lücke zwischen ihren Meinungen, Problemen und Interessen einerseits und den Positionen der etablierten Parteien andererseits wahrnehmen, wären sie eher bereit, eine neue Partei zu wählen, die ihnen näher steht. Das scheint fast selbstverständlich. Jedoch lässt sich dies nicht derart vereinfachen. Wenn etablierte Parteien sich den Positionen der neuen Partei annähern, wirkt sich das manchmal negativ, manchmal aber auch positiv auf die Chancen dieser Partei aus.⁵⁸ In Deutschland haben die CDU und CSU Immigration und Ausländerpolitik für sich als Thema reklamieren können, ohne rechtspopulistischen oder national-populistischen Parteien Vorschub zu leisten. In den Niederlanden konnte die VVD das Thema in den 1990er Jahren auch weitgehend in den Griff bekommen; seitdem musste sie es aber der LPF beziehungsweise der PVV überlassen. Die Interaktion zwischen etablierten und neuen populistischen Parteien ist offenbar ein komplizierter Vorgang, der auch in Zukunft Gegenstand empirischer Politikforschung sein dürfte.

Neue Parteien, die an gefestigte politische Traditionen, Wertesysteme und Massenorganisationen anknüpfen, werden auf breitere Zustimmung bauen können als Neulinge, die entweder aus völlig unbekannten Quellen schöpfen oder bekannte, aber tabuisierte Wertesysteme vertreten. Nur dadurch könne man erklären, so die belgische Soziologin Hilde Coffé, dass nationalistische und populistische Bewegungen in Flandern mehr Erfolge zeitigten als in Wallonien, obwohl die strukturellen Bedingungen im Süden Belgiens gleich oder

sogar günstiger seien als im Norden.⁵⁹ In der Bundesrepublik sind Nationalismus und zum Teil auch Populismus zweifelsohne tabuisiert worden, mehr noch als in Wallonien. DVU, NPD und Republikaner konnten diese Tabuisierung nicht durchbrechen.⁶⁰ Die niederländischen Zentrumsdemokraten schafften das auch nicht, aber Fortuyn schon. Allerdings war sein Nationalismus relativ liberal und gemäßigt.

Zur politischen Gelegenheitsstruktur gehört auch die Medienlandschaft. Charisma kann heutzutage fast nur durch das Fernsehen vermittelt werden. Massenzusammenkünfte auf Plätzen und Wiesen sind ja relativ selten und weniger wirksam geworden. Jan Kleinnijenhuis und seine Mitarbeiter zeigen, dass die Medien Fortuyn im Wahlkampf 2002 relativ viel Aufmerksamkeit geschenkt und damit – gewollt oder ungewollt – zu seinem Wahlerfolg beigetragen haben.⁶¹ Laut Frank Decker haben die deutschen Medien, ob privat oder öffentlich, aufgrund der Vergangenheit besonders dem Rechtspopulismus gegenüber „Berührungängste, die einen unbefangenen Umgang verbieten und die neuen Parteien der Gefahr aussetzen, stigmatisiert zu werden.“⁶² In den Niederlanden boten die Medien den Populisten Fortuyn und später Wilders eher eine Plattform für die eigene Selbstdarstellung.

Die Wahlergebnisse neuer populistischer Parteien sind also abhängig vom gesellschaftlichen Modernisierungsprozess und von der politischen Gelegenheitsstruktur (große Koalitionen, Parteiensystem, Wertesystem, Medienlandschaft). Man würde fast übersehen, dass auch eine neue Partei selbst zu ihrem Erfolg (oder Misserfolg) etwas beitragen könnte. Sie sollte Ressourcen mobilisieren, d.h. aktive Mitglieder werben, Geld einsammeln und (damit) Publizität kaufen, effektive Werbung machen, Unterstützung von beliebten Persönlichkeiten und Organisationen erwirken. Sie sollte vor allem interne Einheit und Vertrauen zeigen und ausstrahlen. Letzteres ist gar nicht einfach, gerade für eine neue Partei. Die Bewegung *Trots op Nederland* schien kurz nach ihrer Gründung sehr erfolgreich – mehr als 20 Sitze im Parlament versprochen die Umfragen ihr in den Monaten Mai und Juni 2008; aber sie versank in politischer Bedeutungslosigkeit, nachdem die Spitze der Bewegung sich untereinander zu streiten begann. Bei der Parlamentswahl 2010 bekam sie nur 0,6 Prozent der Stimmen, gerade zu wenig für ein Mandat. Auch die LPF wurde schon kurz nach ihrem großen Wahlsieg Mai 2002 durch interne Querelen auseinandergerissen. Die Geschichte der Schill-Partei ist ähnlich.⁶³ Die PVV

56 W. VAN DER BRUG/M. FENNEMA/J. TILLIE, *Why Some Anti-Immigrant Parties Fail and Others Succeed*, in: *Comparative Political Studies* 38 (2005), S. 537-573; ebenso K. ARZHEIMER/E. CARTER, *Political opportunity structures and right-wing extremist party success*.

57 A. HAKHVERDIAN/C. KOOP, *Consensus Democracy and Support for Populist Parties in Western Europe*, in: *Acta Politica* 42 (2007), S. 401-420; ebenso K. ARZHEIMER/E. CARTER, *Political opportunity structures and right-wing extremist party success*.

58 B.M. MEGUID, *Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success*, in: *American Political Science Review* 99 (2005), S. 347-359; Vgl. W. VAN DER BRUG/M. FENNEMA/J. TILLIE, *Why Some Anti-Immigrant Parties Fail and Others Succeed*.

59 H. COFFÉ, *Do Individual Factors Explain the Different Success of the Two Belgian Extreme Right Parties?*, in: *Acta Politica* 40 (2005), S. 74-93; dazu auch W. VAN DER BRUG/M. FENNEMA/J. TILLIE, *Why Some Anti-Immigrant Parties Fail and Others Succeed*, S. 566-567.

60 H. KITSCHALT/A. J. MCGANN, *The Radical Right in Western Europe*, S. 203-239.

61 J. KLEINNIJENHUIS ET AL., *De puinhopen in het nieuws. De rol van de media bij de Tweede-Kamerverkiezingen van 2002*, Alphen aan den Rijn 2003, S. 37-47, 122.

62 F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 261.

63 Vgl. F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 154-156.

hat aber jegliche Zerreißprobe in ihrer ersten Legislaturperiode (2006–2010) überstanden.

Die wichtigste Ressource der neuen Partei dürfte aber ihre Führungsgarnitur sein. Besonders wenn es in einem Land noch keine populistische Tradition gibt und die neue Partei also nicht auf Vorfahren hinweisen kann, braucht sie einen charismatischen Führer, um eine neue Tradition zu schaffen. Ein charismatischer Führer – wie von Max Weber definiert – könnte kraft seine Gnadengabe (Charisma) Männer und Frauen ohne großes politisches Interesse aus ihrem Alltagsleben heraus zum politischen Aktivismus anstacheln und zum „Nie-Dagewesenen“ verführen.⁶⁴ Ohne die gefühlsbetonte Hingabe an die Person des politischen Führers wäre es für die traditionsgebundenen Unter- und Mittelschichten schwer, wenn nicht unmöglich, sich von hergebrachten Bindungen und Gewohnheiten zu lösen. Wahrscheinlich braucht jede neue politische Bewegung einen einigermaßen charismatischen Führer, besonders aber eine populistische, die ja gerade die Gruppen zu mobilisieren versucht, die am wenigsten für neue Parteien aufgeschlossen sind und die gerade allem „Nie-Dagewesenen“ skeptisch und sogar feindlich gegenüber stehen. Traditionelle und rational-bürokratische Führer – die beiden anderen Typen, die Weber unterscheidet – wären ungeeignet, diese ablehnende oder gleichgültige Haltung zu durchbrechen und eine neue Bewegung in Gang zu setzen. Nur ein charismatischer Führer könnte die Brücke zwischen Alltagsleben oder Lebenswelt und Politik schlagen. Er bringt dabei auch Anhänger, Ideen, Geld und Publizität zusammen, er mobilisiert also die Ressourcen für die Bewegung. Heutzutage wird Charisma oft mit „Beliebtheit“ verwechselt, wie der niederländische Soziologe Joop Ellemers verdeutlicht.⁶⁵ Diese Verwechslung macht es scheinbar leicht, Charisma zu operationalisieren, führt letztlich aber in die Irre. Daraus ergäbe sich beispielsweise, dass Pim Fortuyn im Wahlkampf 2002 weniger Charisma besessen hätte als die politischen Führer der etablierten Parteien, wie Ad Melkert und Hans Dijkstal, weil er (im Durchschnitt) weniger beliebt war.⁶⁶ Jeder, der damals die Wahlkampfdebatten im Fernsehen beobachtet hat, müsste darüber staunen. Auch Van der Brug und Mughan geben zu, dass Fortuyn persönlich die politische Tagesordnung in den Niederlanden radikal geändert und Tabus durchbrochen hat – und das ohne Charisma? Natürlich hat er sich damit nicht bei jedem beliebt gemacht. Charismatische Füh-

64 D. MADSEN/P.G. SNOW, *The charismatic bond: political behavior in time of crisis*, Cambridge (Mass.) 1991, S. 11–35; A. SCHWEITZER, *The Age of Charisma*, Chicago 1984, S. 237–272; M. WEBER, *Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft*, in: J. WINCKELMANN (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1968, S. 475–488.

65 J.E. ELLEMERS, *Pim Fortuyn: een zuiver geval van charismatisch gezag*, in: *Facta 10* (2002) 7, S. 2–5.

66 Vgl. W. VAN DER BRUG/A. MUGHAN, *Charisma, Leader Effects and Support for Right-Wing Populist Parties*, in: *Party Politics* 13 (2007), S. 29–51.

rer machen sich wahrscheinlich immer bei einer Gruppe beliebt und bei einer anderen verhasst.⁶⁷

Dass populistische oder vom Populismus angehauchte Parteien in den Niederlanden besser abschneiden als in der Bundesrepublik Deutschland, kann man also nicht nur den politischen Gelegenheitsstrukturen, sondern auch den Leistungen dieser Parteien zuschreiben. Es fehlten derartigen deutschen Parteien nicht nur Publizität und die Beherrschung der Themen Immigration und Ausländerpolitik, sondern auch charismatische Führung und innere Geschlossenheit. Ob diese Unterschiede zwischen beiden Ländern bestehen bleiben, ist allerdings eine offene Frage. Nicht nur die Parteien, auch die politischen Gelegenheitsstrukturen könnten sich ändern.

Zur Bewertung

Mangelhafte Stabilität, Abhängigkeit von charismatischen Führern, Ambivalenz gegenüber Modernisierung: Populistische Parteien werden selten als Bereicherung unserer politischen Systeme gesehen. Schlimmer, sie bedrohen unsere freiheitliche Demokratie, behaupten ihre Kritiker. Unter diesen Kritikern gibt es viele Sozialwissenschaftler und Politologen, wie Koenraad Abts und Stefan Rummens, David Laycock, William Riker und Gianfranco Pasquino. Ihre Argumente lassen sich folgendermaßen zusammenzufassen.

Populisten verkennen, dass es keinen unvermittelten Volkswillen geben kann.⁶⁸ Das Volk brauche immer Vertreter und Vermittler, intermediäre Organisationen wie politische Parteien und kompetente Berufspolitiker, die die Präferenzen der Wähler ordnen und in einem kohärenten politischen Programm zusammenführen. Populisten versuchen, die Parteiendemokratie durch eine plebiszitäre Demokratie zu ersetzen, die von Führern manipuliert werden und letztlich zur Diktatur führen könne – oder sogar müsse. Der charismatische Führer könne etwa behaupten, er verkörpere den Volkswillen – „er sagt, was wir denken“, so meinten ja die Anhänger von Fortuyn. Aber auch Populisten, die nicht ganz so weit gehen, interpretieren Demokratie als Diktatur der Mehrheit und verkennen, dass eine Demokratie *checks and balances*, Pluralismus, Pressefreiheit und sonstige Grundrechte, kurz: einen Verfassungsstaat braucht,

67 Wenn man schon Beliebtheit gemessen hat, wäre vielleicht die Normalabweichung (*standard deviation*) ein besserer Indikator für Charisma als der Durchschnittswert. Tatsächlich war diese *standard deviation* im Falle Fortuyns wesentlich höher als bei seinen Konkurrenten der anderen Parteien (W. VAN DER BRUG/A. MUGHAN, *Charisma, Leader Effects and Support for Right-Wing Populist Parties*, S. 34).

68 K. ABTS/S. RUMMENS, *Populism versus Democracy*, in: *Political Studies* 55 (2007), S. 405–424; D. LAYCOCK, *The New Right and Democracy in Canada*. Oxford 2002, S. 114–129; G. PASQUINO, *Populism and Democracy*, in: D. ALBERTAZZI/D. McDONNELL (Hrsg.), *Twenty-First Century Populism*, S. 15–29; W. RIKER, *Liberalism Against Populism*.

um zu überleben. Allzu oft wettern Populisten gegen Richter, Journalisten und Verbände, die unabhängig von der Meinung des Volkes zu bleiben versuchen – wenigstens in den Augen der Populisten. Sogar Silvio Berlusconi, doch ein relativ liberaler Populist, akzeptiert kaum die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt. Die Geschichte zeigt, dass Populisten demokratiefeindlich handeln, wenn sie dazu die Macht haben: von Juan Peron in Argentinien vor etwa 50 Jahren bis Hugo Chavez in Venezuela heute.⁶⁹ Populismus kann einer Diktatur den Weg bereiten und wäre kaum von Extremismus zu unterscheiden.

Obwohl man diesen Beispielen eine gewisse Überzeugungskraft nicht absprechen kann, darf man sie doch nicht verallgemeinern. Man findet in der Geschichte auch Beispiele von Sozialdemokraten, die zusammen mit Kommunisten eine sogenannte Diktatur des Proletariats herbeigeführt haben, es gab Konservative, Katholiken und Liberale, die in Frankreich die Vichy-Diktatur unterstützten und die in Deutschland dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zustimmten. Deswegen waren ihre Ideologien aber nicht unbedingt undemokratisch. Wenn man sich die Programme der populistischen oder populistisch angehauchten Parteien in Deutschland und den Niederlanden anschaut, findet man dort keine Vorschläge, die parlamentarische Demokratie durch eine plebiszitäre Demokratie zu ersetzen und politische Parteien überflüssig zu machen oder sogar abzuschaffen. PRO, LPF, *Leefbaar Nederland*, PVV, die Republikaner und sogar die DVU möchten nur ein Referendum oder einen Volksentscheid herbeiführen, um die parlamentarische Demokratie zu ergänzen, nicht um sie zu ersetzen.⁷⁰ Das trifft auch für die flämischen Populisten im *Vlaams Belang* und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zu.⁷¹ Man könnte behaupten, dass diese Programme nur dazu dienen, den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Diese Behauptung lässt sich aber mit den heute zur Verfügung stehenden Daten nicht belegen. Weder die FPÖ noch die LPF haben übrigens die Chance genutzt, das politische System ihres Landes zu ändern, als sie an der Regierung teilnahmen – allerdings hat ihre Teilnahme nicht allzu lange gedauert. Ihr Einfluss war zudem durch Koalitionsbildung und -vertrag limitiert.

Nimmt man also die Programme der Populisten ernst, dann kann man ihnen kein Demokratiedefizit, sondern nur einen demokratischen Überschuss vorwerfen. Sie wollten ja mehr statt weniger Demokratie. Der belgische Philosoph David van Reybrouck meint, nur die Populisten seien heutzutage im

69 G. PASQUINO, *Populism and Democracy*, S. 25-26.

70 Vgl. DEUTSCHE VOLKSUNION, Partei-Programm, www.dvu.de/DVU-Programm/dvu-programm.html [26.6.2007]; DIE REPUBLIKANER, Bundesparteiprogramm. Die Republikaner. Sozial – patriotisch-ökologisch, 2002, www.rep.de/upload/CMS/rep.de/Daten/Partei/Parteiprogramm/programm_pdf_neu.pdf [27.7.2010]; über LPF, *Leefbaar Nederland* und PVV: P. LUCARDIE, *Tussen establishment en extremisme*.

71 Vgl. FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS, *Das Programm der FPÖ*, online: www.fpoe.at [30.9.2008]; VLAAMS BELANG, *Programmaboek*, online: www.vlaamsbelang.org [28.1.2005].

Stande, die in den meisten westeuropäischen Parlamenten kaum noch vertretenen Unterschichten einzubeziehen. Nur in einer populistischen Partei sei die Stimme dieser ungebildeten Schichten noch zu hören.⁷² Ohne einen „aufgeklärten Populismus“ drohe die parlamentarische Demokratie in eine elitäre Post-Demokratie zu entarten, befürchtet Van Reybrouck, wo Entscheidungen überhaupt nicht mehr vom Volk, sondern von internationalen (finanziellen und politischen) Eliten getroffen werden.⁷³

Populismus müsse man also als eine Herausforderung für die Demokratie betrachten, die man nicht bekämpfen, sondern akzeptieren und bewältigen solle. Diese Position wird ebenso von Politikwissenschaftlern wie Peter Mair, Yves Surel, Margaret Canovan und Yannis Papadopoulos sowie – mit Abstrichen – auch von Frank Decker vertreten.⁷⁴ Sie sind aber weniger positiv als Van Reybrouck und eher ambivalent in ihrem Urteil. Die parlamentarische Demokratie hat bestimmte Schwächen, auf die Populisten zu Recht hinweisen. Sie beruht auf einem Kompromiss zwischen zwei Prinzipien: Volkssouveränität und Verfassungsstaat (*constitutionalism*). Man könnte – mit dem schweizerischen Politikwissenschaftler Alois Riklin – unser System vielleicht besser als Mischverfassung, auf lateinisch: *regimen mixtum*, deuten, in dem demokratische und aristokratische Elemente sich vermischen.⁷⁵ Das Volk trifft ja nicht selbst die wichtigen Entscheidungen, wie im alten Athen oder heutzutage noch in den schweizerischen Landsgemeinden Appenzell Innerrhoden und Glarus. Das Volk wählt Vertreter, die diese Entscheidungen treffen. Aber auch ihre Entscheidungsmacht wird zunehmend durch Fraktionsdisziplin und Koalitionsabsprachen, europäische Richtlinien, Sachverständigengutachten und Druck von multinationalen Betrieben und Investoren eingeengt. Außerdem darf das Volk nicht ganz autonom seine Vertreter auswählen, sondern nur seine Stimme den Kandidaten geben, die von einer Partei gestellt worden sind. Sicherlich, wenn das Volk mit seinen Vertretern unzufrieden ist, kann es bei der nächsten Wahl anderen Kandidaten und Parteien seine Stimme geben – „throw the rascals out“, schmeißt die Schurken raus, wie man in England und den Verei-

72 D. VAN REYBROUCK, *Pleidooi voor populisme*, Amsterdam/Antwerpen 2008, S. 54.

73 Van Reybrouck bezieht sich hier auf C. CROUCH, *Post-democracy*, Oxford 2004.

74 Vgl. M. CANOVAN, *Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy*, in: Y. MÉNY/Y. SUREL (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke 2002, S. 25-44; F. DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 271-279; P. MAIR, *Populist Democracy vs Party Democracy*, in: Y. MÉNY/Y. SUREL (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, S. 81-98; Y. MÉNY/Y. SUREL, *The Constitutive Ambiguity of Populism*, in: Y. MÉNY/Y. SUREL (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, S. 1-21; Y. PAPADOPOULOS, *Populism, the Democratic Question, and Contemporary Governance*, in: Y. MÉNY/Y. SUREL (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, S. 45-61; Y. SUREL, *Populisme et démocratie*, in: P.-A. TAGUIEFF (Hrsg.), *Le retour du populisme. Un défi pour les démocraties européennes*, Paris 2004, S. 95-110.

75 A. RIKLIN, *Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung*, Darmstadt 2006, S. 401-426.

nigten Staaten zu sagen pflegt. Damit kann das Volk aber normalerweise keine Entscheidungen rückgängig machen. Das könnte nur durch ein Referendum geschehen. Wenn die Gesetzgeber außerdem bestimmte Probleme ignorieren, könnte man den Bürgern die Möglichkeit einer Volksinitiative bieten, damit sie zur Problemlösung selbst Gesetzentwürfe einbringen und genehmigen könnten. Damit wäre das repräsentative System aber noch nicht durch eine direkte Demokratie ersetzt worden. Das wäre nur der Fall, wenn die große Mehrzahl aller Entscheidungen auf diese Weise vom Volk getroffen würde und das Parlament nur diese Entscheidungen vorbereiten und ausführen dürfte. So eine Demokratie schwebte vielleicht den *Sansculottes* in der Ersten Republik Frankreichs und den radikalen Demokraten in Deutschland um 1848 vor, sie konnte aber auch damals von ihnen nicht verwirklicht werden.⁷⁶

Die Schweiz kommt diesem Ideal wahrscheinlich noch relativ nahe. Über die letzten 20 Jahre konnten die Schweizer Bürger sich an durchschnittlich neun Volksabstimmungen pro Jahr beteiligen.⁷⁷ Wenn nicht als eine direkte Demokratie, so könnte die Schweiz doch als semi-direkte Demokratie betrachtet werden, in der die politische Klasse die Interessen und Präferenzen des Volkes nicht zu ignorieren vermag.⁷⁸ Deswegen würde man meinen, dass die Schweiz gegen populistische Kritik gefeit sein dürfte. Diese Meinung wäre aber falsch. Trotz ihrer relativ direkten Demokratie hat auch die Schweiz dem Populismus einen Nährboden geschaffen – auch wenn der Populismus der Schweizerischen Volkspartei (SVP) dem Nationalismus untergeordnet sein dürfte.⁷⁹ Die SVP hat immerhin bis jetzt mehr Erfolge gezeitigt als ihre niederländischen Schwesterparteien – von den deutschen Parteien ganz zu schweigen. Im Nationalrat stellte sie 2007–2011 mit 62 (von 200) Mandaten eindeutig die größte Fraktion. Daraus könnte man schließen, dass populistische Probleme nicht mit populistischen Mitteln gelöst werden können. Wenn man also in der Bundesrepublik oder in den Niederlanden nach schweizerischem Muster Referendum und Volksinitiative einführen würde, wie von Populis-

76 Siehe dazu etwa A. SOBOUL, *Les Sans-culottes parisiens en l'an II. Mouvement populaire et gouvernement révolutionnaire (1793-1794)*, Paris 1968; und über die radikalen Demokraten in Deutschland G. HILDEBRANDT, *Parlamentsopposition auf Linkskurs. Die kleinbürgerlich-demokratische Fraktion Donnersberg in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Berlin 1975.

77 Information von der Schweizerischen Bundeskanzlei, http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/vab_2_2_4_1.html [3.8.2010].

78 Vgl. A. RIKLIN und S. MÖCKLI, *Werden und Wandel der schweizerischen Staatsidee*, in: A. RIKLIN (Hrsg.), *Handbuch Politisches System der Schweiz, I, Grundlagen*, Bern 1983, S. 9–118.

79 Über die SVP: D. ALBERTAZZI, *Switzerland: Yet Another Populist Paradise*, in: D. ALBERTAZZI/D. McDONNELL (Hrsg.), *Twenty-First Century Populism*, S. 100–118; DECKER, *Der neue Rechtspopulismus*, S. 89–96; H.J. HENNECKE, *Das Salz in den Wunden der Konkordanz. Christoph Blocher und die Schweizer Politik*, in: N. WERZ, *Populismus*, S. 145–162; Vgl. SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI, *Wahlplattform 2007 „Mein Zuhause – unsere Schweiz“*, online: www.svp.ch [9.4.2010].

ten gefordert wird, würde man ihnen damit noch nicht das Wasser abgraben – vielleicht sogar im Gegenteil! Auch in der Schweiz gab es zweifelsohne eine Modernisierungskrise und dazu eine günstige politische Gelegenheitsstruktur – Konkordanzdemokratie, Föderalismus – und einen charismatischen Führer, Christoph Blocher, alles Faktoren, die diese Erfolge der SVP erklären können.

Solange es Modernisierungskrisen gibt, werden die Populisten immer die Chance haben, die politische Klasse anzuprangern und mehr Demokratie zu fordern. Sie werden aber die von ihnen auf die politische Tagesordnung gesetzte Frage nicht lösen und die Ambivalenz der Mischverfassung der „real existierenden Demokratie“ nicht aufheben, geschweige denn, die Mischverfassung selbst abschaffen können, solange sie ihr Programm ernst nehmen. Populisten sind keine Extremisten, die die Mischverfassung durch eine entweder rein aristokratische, rein monarchische oder eine rein demokratische Verfassung zu ersetzen versuchen, wie Uwe Backes überzeugend argumentiert hat.⁸⁰ Als Demokrat braucht man deshalb den Populismus weder positiv noch negativ zu bewerten. Man sollte aber ernsthaft versuchen, ihn zu verstehen.

80 U. BACKES, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2006.

Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.)

Populismus in der modernen Demokratie
Die Niederlande und Deutschland im Vergleich



Waxmann 2011
Münster / New York / München / Berlin